



**DPoIG**

DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT  
im DBB

**4**

April 2020 / 54. Jahrgang

# POLIZEISPIEGEL



**Nie dagewesene  
Herausforderung**

Seite 10 <

Die Bundesfrauen-  
vertretung trifft sich  
in Königswinter

Jede Menge  
DPoIG-Frauenpower

Seite 16 <

Fachteil:

- Nachlese zum Arbeitskreis  
„Elektrokleinstfahrzeuge“  
des 58. Deutschen Verkehrs-  
gerichtstages in Goslar
- Zur Nachfüll- und Austausch-  
pflicht bei Verbandkästen





# Beförderungstermin 1. April 2020 – guter Weg

Nach einer Vorlage des Ministeriums für Inneres, Bauen und Sport sind für den aktuellen Beförderungstermin 111 Beförderungen vorgesehen.

■ **Insgesamt wird ein Budget von knapp 495 680 Euro in 2020 bereitgestellt. Aktuell werden nun 306 500 Euro verausgabt**

Die deutliche Erhöhung der Beförderungen vor allem von Kolleg(inn)en von A 9 nach A 10 wird, wie von uns gefordert und von Minister Bouillon versprochen, umgesetzt. Damit wird der Weg in Richtung Regelbeförderung konsequent fortgesetzt.

Wir werden hier weiter darauf achten, dass notwendige Zeiten für die Erreichung der Ruhegehaltsfähigkeit gesichert werden können. Wer befördert wird, soll auch am Ende etwas davon haben.

Unser „Sorgenkind“ im Bereich A 10 nach A 11 (prüfungsfrei) wird endlich wieder stärker berücksichtigt. Gut so, da geht auch noch mehr! Unsere Forderungen haben Gehör gefunden. Jetzt muss es hier kontinuierlich weitergehen. „Dreifach-Zweier“ darf es nicht geben.

Erfreulich ist die Beförderung nach A 11 (FH) auch für unsere

Kolleg(inn)en ohne Funktion. Hier bleibt der Abstand von unter vier Jahren weiter erhalten (vorher fünf Jahre), was aus unserer Sicht sehr positiv zu werten ist.

## ► Fazit

Insgesamt ist die aktuelle Beförderungsvorlage sehr ausgeglichen und deckt sich mit unseren Grundforderungen. Dauerhaft muss es aber Ziel sein, eine Regelbeförderung bis A 11 zu realisieren, wie es zum Beispiel in Rheinland-Pfalz im Bereich der Polizei gängige Praxis ist. Hier werden im Übrigen auch sehr stark übergeleitete Kolleg(inn)en befördert.

Beim Blick aufs Budget sind wir jedoch sehr besorgt. Der Haushaltsansatz für die Beförderungen in diesem Jahr liegt unter unseren Erwartungen. Denn wie bereits 2019 angekündigt und von uns eingefordert, sollten die Stellenhöhungen im Bereich nach A 10 (35 Stück) auch mit entsprechenden Beförderungsmitteln versehen werden.

Dies würde ein Aufwachsen um knapp 100 000 Euro bedingen.

| Beförderungen nach | April | Kriterien <small>(ohne Gewähr)</small>  |
|--------------------|-------|---|
| A 10 (Ü)           | 23    | BU 2, VorBU 3, RDA 04/2008<br>BU 2, VorBU 3, RDA 10/2009 i.V.m. GD vor 31.12.1960   |
| A 10 (FHSV)        | 47    | BU 2, 08/2008<br>BU 2, Datum erste Ernennung bis 07/2007<br>BU 2, VorBU 3, FU12, EDA 02/2010<br>BU 2, RDA 04/2009, Dienst Eintritt vor 1993 |
| A 11 (Ü)           | 4     | Drei mal BU 2, RDA 10/2009  |
| A 11 (FHSV)        | 14    | BU 2, VorBU 2<br>BU 2, VorBU 3, FU12, RDA 10/2011<br>BU 2, VorBU 3, RDA 04/2008   |
| A 12               | 10    | BU 2, VorBU 2, mindestens FU12  |
| A 13 (g.D.)        | 4     | BU 2, VorBU 2, FU13, RDA 10/2013  |
| A 13 (Ü)           | 3     | BU 2, VorBU 3, mindestens FU13 überleitungsff., RDA 10/2016   |
| A 14               | 3     | BU 2, mindestens FU14, RDA 10/2014  |
| A 15               | 2     | BU 2, FU15, RDA 04/2015   |
| A 16 (V)           | 1     | Kabinettsbeschluss  |

© DPoIG

Der aktuelle Ansatz liegt jedoch deutlich darunter. Auch Überhänge aus 2019 machen dem Budget zu schaffen, sodass aktuell für den Herbsttermin nur noch knapp 150 000 Euro zur Verfügung stehen.

Mit Blick auf die zu erwartenden Beförderungen der Ratsanwärter (vier) werden die Mittel aus unserer Sicht nicht ausreichen, um die notwendigen Beförderungen zu realisieren.

Wir werden daher die politisch Verantwortlichen hier deutlich in die Pflicht nehmen, in diesem Jahr und auch in der

Haushaltsplanung 2021/22 entsprechend eine Erhöhung auf **600 000 Euro** zu gewährleisten und auch weitere **Stellenhebungen** voranzutreiben.

Mit Minister Bouillon wurden bereits Gespräche geführt und er hat uns seine Unterstützung auch in diesem Punkt zugesichert. Jetzt gilt es, alle anderen auch noch zu überzeugen!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die befördert werden!

**Wir sind EINE Polizei – Eure DPoIG**

## CORONA-KRISE

DPoIG-Landesvorsitzender am 16. März 2020 im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten des Saarlandes

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

ich habe aktuell mit Ministerpräsident Tobias Hans über die derzeitige Lage in unserem

Land gesprochen. Covid 19 (Coronavirus) beherrscht im Moment unseren Alltag.

Wir waren uns einig, dass es jetzt wichtig ist, dass alle

Bürgerinnen und Bürger im Saarland zusammenstehen müssen. Diese noch nie dagewesene Situation erfordert auch konsequentes und schnelles sowie weitsichtiges

### Impressum:

Redaktion:  
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)

Landesgeschäftsstelle:  
Hohenzollernstraße 41  
66117 Saarbrücken  
Telefon: 0681.54552  
Fax: 0681.54553

www.dpolg-saar.de  
E-Mail:  
info@dpolg-saar.de

ISSN 0937-4876



Handeln. Die Entscheidungen der Landesregierung unter Ministerpräsident Tobias Hans sind nach unserer Auffassung absolut richtig und notwendig.

Wenn die Ausbreitung des Coronavirus verlangsamt werden soll, müssen alle Möglichkeiten geprüft werden, die dies ermöglichen.

Dies bedeutet massive Einschränkungen wie zum Beispiel die Schulschließungen oder die Begrenzung des öffentlichen Lebens. Dies fordert von allen einiges ab. Die Polizei ist dabei ein wichtiger Garant, dass die Sicherheit und Ordnung gewährleistet bleiben.

Trotzdem und gerade deshalb müssen auch unsere Kolleginnen und Kollegen sich und ihre Familien schützen.

Die Polizei muss 24/7 erreichbar und einsetzbar sein. Daher werden alle notwendigen



© DPoIG

Ich bin der Meinung, dass es jetzt notwendig ist, gemeinsam Stärke und Zusammenhalt zu zeigen.

Ob zum Beispiel durch Nachbarschaftshilfe, Blutspenden, allgemeine Unterstützung oder einfach durch aufmunternde, nette Worte.

Ich bin stolz auf alle Kolleginnen und Kollegen, die selbstverständlich und ohne großes Tamtam ihren Dienst verrichten und dazu beitragen, dass wir gemeinsam unser Ziel erreichen.

Wir von der DPoIG bringen uns dabei selbstverständlich in allen Bereichen ein.

Sollte es irgendwo „haken“ stehen wir natürlich als Ansprechpartner unseren Kolleginnen und Kollegen zur Seite und kümmern uns sofort.

*Sascha Alles,  
Landesvorsitzender  
der DPoIG*

Maßnahmen getroffen, um dies sicherzustellen. Wir setzen uns daher für größtmögliche Sicherheit auch für die Einsatzkräfte ein.

Ministerpräsident Hans hat uns hier jegliche Unterstützung zugesichert.

Aber auch jeder Einzelne kann hier mithelfen:

- > Durch die Möglichkeit der Online-Wache (<https://www.saarland.de/onlinewache.htm>) können rund um die Uhr Anzeigen erstattet werden.

- > Wir appellieren auch beim Kontakt mit Polizei, die allgemeinen Regeln (Corona-Sicherheits-Regeln) einzuhalten.

Ich darf an dieser Stelle betonen, dass es Ministerpräsident Tobias Hans sehr wichtig ist, auch allen Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement und den Einsatz für die Sicherheit der Saarländerinnen/Saarländer gerade in dieser schwierigen Zeit zu danken. Gerade jetzt zeigt sich, dass auf die Polizei und den öffentlichen Dienst Verlass ist.

## Riegelsberger Erklärung der DPoIG

# Null Toleranz bei Gewalt gegen Einsatzkräfte

Anlässlich der aktuellen Gewaltübergriffe gegenüber unseren Kolleg(inn)en fordert die DPoIG im Rahmen ihrer Klausurtagung in Riegelsberg eine Null-Toleranz-Politik gegenüber solchen Straftätern!

Immer häufiger kommt es zu Gewalttaten gegenüber Einsatzkräften – auch im Saarland.

Trauriger Höhepunkt war hierbei ein Polizeieinsatz Ende Januar in Neunkirchen, bei dem die eingesetzten Kräfte durch den Täter mit einer scharfen Schusswaffe angegriffen/beschossen wurden. Aufgrund ihrer schnellen Reaktionen im Einsatzgeschehen sind unsere Kolleg(inn)en nicht körperlich verletzt wor-

den. Solche Erlebnisse führen jedoch immer zu Traumatisierungen, was uns daher sehr betroffen macht.

Gewalt gegen Polizei und Einsatzkräfte ist mittlerweile trauriger Alltag. Nichtsdestotrotz muss einer solchen Gewalteskalation (hier das Benutzen einer Schusswaffe!) mit aller Härte und Konsequenz begegnet werden. Hierfür darf es keine Entschuldigungsgründe wie Alkohol oder Drogenmissbrauch geben. Daher ist

für uns eine Null-Toleranz-Politik unabdingbar, um den Schutz der Einsatzkräfte zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang stimmen wir unserem Polizeipräsidenten zu, welcher Gefängnisstrafen für Angriffe auf Polizist(inn)en fordert. „Wer unsere Polizei und Einsatzkräfte angreift, der greift nicht nur den Staat, sondern die gesamte Gesellschaft an“, so Sascha Alles, Landesvorsitzender. Null Toleranz bedeutet für uns unter anderem, dass existierende Schutzpara-

grafen (wie § 113 und § 114 StGB) verschärft werden müssen und der vorhandene Strafrahmen in den konkreten Fällen konsequent ausgeschöpft wird.

Allen betroffenen Kolleg(inn)en in Neunkirchen bieten wir jegliche Unterstützung zum Beispiel durch die „DPoIG-Stiftung“ an (gewerkschafts-unabhängig!). In dieser Sache stehen wir in direktem Kontakt mit unserem Innenminister und den Betroffenen. ■



## > Verstärkung für POD und EMA

Im März sind acht neue Mitarbeiter(innen) für den polizeilichen Ordnungsdienst (POD) sowie 17 Ermittlungsassistenten (EMA) eingestellt worden. Damit verfügen beide Einheiten nun jeweils über 45 Mitarbeiter(innen).



> Vertreter aus Polizei und Ministerium mit den neuen Ermittlungsassistenten

Dies ist in Zeiten der Personalknappheit ein gutes Signal. Denn durch die Unterstützung durch den POD beziehungsweise EMA können Vollzugskräfte weiter entlastet werden. Nun gilt es auch, die Befristungen der Kräfte zu beenden und das Aufgabenportfolio zu erweitern, damit gerade in den personell angespannten Zeiten die Polizei durch die Unterstützung auch weiter zusätzlich entlastet wird. Wir werden uns hier als Gewerkschaft starkmachen. In einem ersten Gespräch mit Minister Bouillon haben wir unsere Forderungen bereits deutlich gemacht. Das Ministerium wird entsprechende Möglichkeiten prüfen.



> Minister Bouillon mit den neuen Kolleg(inn)en des POD

Herzlich willkommen Kolleginnen und Kollegen!

*Eure Gewerkschaft – DPoIG*

## > Einsatzbetreuungsgewerkschaft: DPoIG



> Einsatzkräfte können etwas entspannen ...



> Team der DPoIG-Einsatzbetreuung

Im Rahmen des DFB-Viertelfinales zwischen dem 1. FC Saarbrücken und Fortuna Düsseldorf war das Team der DPoIG-Einsatzbetreuung natürlich wieder am Start. Mit leckeren Süßigkeiten, Getränken und kleinen Aufmerksamkeiten konnten wir die eingesetzten Kräfte begeistern. Nicht nur für den FC Saarbrücken am Ende ein voller Erfolg.

Wir haben uns sehr gefreut und werden auch in Zukunft in unserer Freizeit für euch da sein!

*DPoIG*

## > Geburtstage im Monat April

### Wir gratulieren folgenden Kolleginnen und Kollegen:

B. Scherer, 71 Jahre

U. Barth, 60 Jahre

H. P. Dinger, 65 Jahre

J. Hautz, 72 Jahre

H. Frei, 67 Jahre

A. Schäfer, 82 Jahre

E. Sauer Welde, 75 Jahre

H. Gleser, 77 Jahre

H.-J. Schmidt, 77 Jahre

A. Penner, 93 Jahre

**Wir wünschen alles Gute und viel Gesundheit. Bleibt uns treu!**

*Eure DPoIG*



# DPolG zu Gast beim Arbeitskreis Inneres der CDU

Am 10. März trafen sich Vertreter des AK Inneres mit dem Landesvorsitzenden der DPolG im Landtag zum Austausch.



> Sascha Alles mit Vertretern des AK der CDU

Sascha Alles konnte bei dieser Gelegenheit die Vorstellungen der DPolG zur Personalentwicklung der Polizei im Saarland darstellen.

Ziel muss dabei sein, dass man sich endlich mit dem Thema „Mindestpersonalisierung“ befasst. Um künftig besser gewappnet zu sein und auch endlich wieder Reserven bilden zu können, ist es nach Auffassung der DPolG unabwendbar, in Zukunft eine feste Personaluntergrenze zu vereinbaren, die deutlich über dem aktuellen Personalstand (circa 2 480) liegt.

Der Landesvorsitzende berichtete auch über die aktuelle Stimmung der Kolleg(inn)en, die aufgrund der hohen Belastung weiterhin deutlich angespannt ist. Neben anderen Themen wurde die Wichtigkeit der Erhöhung der Polizeizulage und der Sicherheitszulage (Verfassungsschutz) besprochen. Hier wurde Unterstützung der CDU-Abgeordneten signalisiert.

Kurzfristig müssen auch Stellen für mehr Lebensarbeitszeitverlängerungen bereitgestellt werden, um gerade

2020/21 die Personalverluste abzumildern.

Aber auch im Tarifbereich sehen wir ein paar Baustellen, die es zeitnah zu bearbeiten gilt. Gerade die Themen Entfristung und Höhergruppierungsmöglichkeiten sind uns hier wichtig.

Wir erwarten entsprechende Vorplanungen für den nächsten Doppelhaushalt. Daher werden wir alle Fraktionen diesbezüglich besuchen.

## > Es ist Zeit für Tarif



Vom 16. bis 18. Februar 2020 fand die Sitzung der Bundestarifkommission an der dbb akademie in Königswinter, bei der auch wir teilnahmen, statt.

### Themen waren

- > Tarifrunde 2019
- > Tarifrunde 2020 bei Bund und Kommunen
- > Bundeskongress der DPolG im Mai 2020

Der bisherige Bundestarifbeauftragte Gerhard Vieth, der sein Amt nach 18 Jahren abtreten wird, wurde von allen Teilnehmern sowie dem DPolG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt ganz herzlich verabschiedet.

## ++Pressemitteilung++

### Änderungsvorschlag zum Beamtenrecht ist äußerst befremdlich

**Die Forderung der SPD-Fraktion, das Neutralitätsgebot im Beamtengesetz abzuschaffen, ist für uns sehr befremdlich (aktuelle Berichterstattung: „Neutralitätsgebot ist überholt“).**

Im Gegenteil halten wir es für unabdingbar, dass jede(r) Bürger(in) sich auf die Neutralität staatlicher Institutionen wie die Polizei verlassen kann/verlassen können muss.

Ein/e Polizeibeamter/-beamtin darf und sollte natürlich eine eigene Meinung haben, das ist

richtig und wichtig. Gerade wir als Gewerkschaft sind hierfür ein Sprachrohr. Jedoch ist es aus unserer Sicht kein Problem, diese Meinung auch ohne Uniform zu vertreten, wie jeder andere Bürger dies auch tut.

Der Wert der Meinung wird damit nicht geschmälert oder geändert. Es dient sogar dem Schutz der demokratischen Grundordnung, dass es ein Neutralitätsgebot gibt. Dass dies nun infrage gestellt wird, ist äußerst kritisch. Der Rechtsstaat muss seine eigenen Regeln auch beachten.

Ansonsten entsteht der Eindruck, dass nach „Gutsherrenart“ entschieden wird. Das wäre am Ende wieder Wasser auf die Mühlen der Demokratiegegner. Das kann nicht im Sinne echter Demokraten sein.

Die rechtliche Stellung des Beamtenverhältnisses ist im bundesweit gültigen Beamtenstatusgesetz sowie im saarländischen Beamtengesetz geregelt. Somit wäre es aus heutiger Sicht sogar fragwürdig, ob eine Abschaffung/Änderung überhaupt so einfach umsetzbar wäre.

Im Übrigen hat man bei der Gesamtdiskussion im Moment eher den Eindruck, dass wir uns im Vorwahlkampf zur Landtagswahl befinden.

Das eigentliche Thema, dass Gewalt und Hass in der Gesellschaft immer mehr zunehmen, scheint nicht mehr im Fokus der Politik zu stehen. Das ist leider schade. Einsatzkräfte bei Polizei oder Rettungsdienst erleben dies auch weiterhin jeden Tag. Das und Lösungen hierzu sollten im Fokus stehen und keine Personalrochaden!